

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1947

36 (20.10.1947)

Süddeutsche Allgemeine

Erscheinungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM — 20, monatlicher Bezugspreis RM 2.30 (inkl. RM — 30 Trägerrückgabe, bei Zustellung durch die Post RM 1.80 zuzüglich Zustellgebühr).

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Anzeigenpr.: Die 35 mm br. Nonp-Zelle Karlsruher Ausgabe RM 1.50; Pforzheimer Ausgabe und Würtembergische Abendblatt je RM 1.—; Gesamtausgabe RM 2.—, Amtl. Anzeigen 50% Nachsch.

1. Jahrgang / Nummer 38

Montag, den 20. Oktober 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

Welt-Rundschau

Washington (AP). Der Vorsitzende des Bürgererziehungsausschusses der USA, Charles L. ... teilte mit, Vertreter der Großbanken hätten ein Programm aufgestellt, durch das 3 000 000 Bushel Weizen monatlich unter Zusammenarbeit der Bäckerei, Hausfrauen und Restaurants zinslos verteilt werden sollen.

Washington (Dona-INS). Die Bremerbesitzer der USA haben ihre Zustimmung zu einem Programm zur Exportierung von Getreide erklärt, um damit den westeuropäischen Ländern zu helfen.

Sao Paulo (Dona-INS). Auf einer Zusammenkunft von führenden Vertretern des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL, wurde hier William Green einstimmig zum Präsidenten der Organisation wiedergewählt.

London (Dona-Reuters). Weitgehende Maßnahmen wurden in allen Mittelmeerräumen getroffen, um eine Ausbreitung der Cholera zu stoppen zu vermeiden, wo die Epidemie wiederum 30 Personen zum Opfer fielen, stöpft zu viel ab an Tage vorher.

Paris (Dona-Reuters). Bei einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Anhänger der französischen Volkspolizei General de Gaulle, während einer Versammlung der Volkspolizei in Toulouse, wurden mehrere Personen verletzt.

Paris (AP). Ministerpräsident Boneddi erklärte, er werde so viel streikende U-Bahnfahrer Dienstpflichten, daß wenigstens die Strecke Vincennes-Neully, die Paris von Osten nach Westen durchquert, in Betrieb genommen werden könne.

Paris (AP). Bei dem Absturz eines von Mexiko nach Oran fliegenden franz. Verkehrsflugzeuges über den Mittelmeer, kamen fünf Personen ums Leben, während 41 Personen immer noch vermißt werden.

Prag (Dona). Zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei wird zur Zeit in Moskau über den Abschluß eines fünf Jahre gültigen Handelsabkommens verhandelt. Bei einem Zustandekommen des Abkommens würde die Sowjetunion 20 000 Tonnen Baumwolle, Wolle und Kammwolle im Austausch gegen 20 Mill. Meter Stoff aus der Tschechoslowakei liefern. Der Umsatz würde sich auf noch 2 Milliarden Korona belaufen.

Mailand (Dona-Reuters). Eine riesenhafte Armees argentinischer Armee sei in die Halbinsel Riviera unternommen. Die Armee, die vorwiegend aus Besatzungstruppen nach Italien kamen, vertrieben sich nach San Remo auswärts. Die Dinge in die Häuser und stießen sich unter den Fußböden, in den Bodenminnen, in Schächeln, Betten, Knechtchen etc. Die Bevölkerung führt seit Beginn der Flucht vor mehreren Monaten, einen hoffnungslosen Kampf gegen die Eindringlinge.

Athens (AP). Sechs Personen wurden getötet und sechzehn verletzt, als ein Omnibus auf der Hauptstraße Larissa-Volos auf eine Mine fuhr, die vermutlich von Partisanen gelegt war.

Jerusalem (AP). Ein Auto mit dem Kessel einer arabischen Tabakfirma in Heils wurde mitten in Heils von einem mit einem Revolver bewaffneten Araber angehalten, der dem Kessel 3 500 Pfund Sterling (14 000 Dollar) abhand und mit seiner Besatzung entkam.

Kairo (Dona-Reuters). Die Zahl der Todesopfer der Cholera-Epidemie in Ägypten hat 200 überschritten. Die Gesundheitsbehörden haben teilweise bereits die Kontrolle über die Lage verloren.

Weshalb der zweite Zentner

Kartoffeln fehlt
Frankfurt, 19. Okt. (AP). Durch sinnlose Hamstererei und Schließung sind dem deutschen Normalverbraucher ungefähr eine Million Tonnen Kartoffeln verlorengegangen, sonst hätte ein zweiter Zentner Einkellerungskartoffeln ausgegeben werden können, sagte Dr. Carl Spiecker, Vorsitzender des bismarckischen Kartoffelrates, auf einer Pressekonferenz. — Zur Hausbrandversorgung erklärte er, daß für Städte über 20 000 Einwohner 15,5 Zentner Hausbrand ausgegeben werden, wovon die Länder durchschnittlich bereits sieben Zentner pro Haushalt erhalten haben und Süddeutschland schon rund 30 Prozent. Die Ausgabe an die Haushalte sei Ländersache. — Die Forstverwaltung will für die Gehölzen unter 20 000 Einwohnern für die gleiche Zeit 13,3 Millionen Festmeter Holz ausgeben.

Drei Todesurteile für Fliegermörder

Dachau, 19. Okt. (Dona). Ein amerikanischer Militärgericht verurteilte den ehemaligen Kreisleiter von Wassertrüben bei Würzburg, Ernst Itamier, dem Kreisamtsleiter Friedrich Stiegler und dem SA-Sturmführer Georg Eckstein um Tode durch den Strang. Die drei Angeklagten waren schuldig befunden worden, am 1. März 1945 einen in ihrem Kreis abgeregneten amerikanischen Flieger ermordet zu haben. Der mitangeklagte ehemalige SA-Trupführer Hans Sturm stand unter derselben Anklage und erhielt eine lebenslange Zuchthausstrafe. — Im einzelnen ergab die Beweisaufnahme, daß der Angeklagte Itamier den Befehl für die Ermordung des Piloten gegeben hatte und daß der Befehl von Eckstein, Stiegler und Sturm ausgeführt wurde. Die Angeklagten hatten laut Zeugenaussagen den Flieger aus dem Städtgefängnis von Wassertrüben in einen nahegelegenen Wald gebracht, ihm die Hände auf den Rücken gebunden und ihn schwer mit einer Schaufel mißhandelt, bevor Eckstein ihn durch zwei Pistolenschüsse tötete.

Die gefährlichste Volkskrankheit

Landtag berät Maßnahmen zur Bekämpfung der Tbc

Stuttgart, 19. Okt. (Eig. Bericht.) Zu Beginn der Freitag-Landtagssitzung verlas Präsident Wilhelm Keil eine Erklärung zu der Veröffentlichung der Demontageliste, der sich das gesamte Parlament einstimmig anschloß. (Wir bringen diese Erklärung auf der zweiten Seite unseres Blattes. Die Bed.)

Nach Verlesung der Erklärung des Landtagspräsidenten Wilhelm Keil ging der Landtag zur Tagesordnung über. Innenminister Fritz Ullrich beantwortete eine Anfrage der CDU über die Tbc-Bekämpfung in Nordbaden, in der gefordert wird, daß die Heil- und Pflegeanstalten ihre ruhigen Patienten mehr zusammenlegen und einen Teil ihrer nichtpsychiatrischen Fälle verlegen sollen. Die Tbc sei neben dem Krebs die gefährlichste Volkskrankheit, führte der Innenminister aus. Bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges wären die Tbc-Erkrankungen eingedämmt gewesen, während die Kurve der Erkrankungen in den Kriegsjahren und Nachkriegsjahren stark angestiegen sei. Ursache dieser Steigerung sei ungenügende Ernährung, Bekleidung, Wohnraum, Heizung. In Baden seien in den letzten 1 1/2 Jahren die Tbc-Fälle von 1387 auf 2337, bei Frauen von 1126 auf 2221 und bei Kindern von 196 auf 2122 überaus große Zahlen von 2228 angestiegen. In der US-Zone bewegten sich 450 an offener Tbc Erkrankten in der Öffentlichkeit, da die Kliniken und Sanatorien nicht über Platz verfügten, diese Fälle zu behandeln. Die Neuerkrankungen in der US-Zone seien von März bis Mai 1947 von wä-

chentlich 322 Fällen auf wöchentlich 1203 Fälle angestiegen.

Wenn Nordwürttemberg-Baden und Südwürttemberg-Baden recht bald eine staatliche Einheit werden würde, könnte man gut, so führte Ullrich weiter aus, mit einer besseren Unterbringung der Tbc-Erkrankten rechnen. Zur Zeit ständen in Nordwürttemberg-Baden nur 700 Betten in Heilanstalten und nur 145 Betten in Krankenhäusern zur Verfügung. Es sei beabsichtigt, die Bettenzahl in Kürze zu erhöhen. Die Landesversicherungsanstalt Baden bemühe sich seit Monaten vergeblich, ihre Bettenzahl, die in ihrem Krankenhaus Wiesloch seit Oktober 1946 von 750 auf 250 zurückgegangen sei, zu vergrößern.

Etwa 1000 Betten würden zur Behandlung der an Tbc Erkrankten noch benötigt. Die einzige Möglichkeit, den Kranken schnell zu helfen, sei die Freigabe einer Kaserne, was jedoch trotz aller Verhandlungen mit der Militärregierung bisher noch nicht erreicht worden sei. In Württemberg-Baden steht nach einer weiteren Mitteilung des Innenministers auf hunderttausend Einwohner nur ein hauptamtlicher Fürsorgefacharzt zur Verfügung. Mit Beginn des Jahres 1948 soll eine Reihen-Untersuchung der gesamten Bevölkerung anlaufen. — Innenminister Ullrich richtete abschließend einen dringenden Appell an die Militärregierung um Verbesserung der Fettversorgung. — Im Anschluß an die Rede des Innenministers brachte die CDU-Fraktion einen Antrag ein, sofort weitere Schritte

bei der Militärregierung zur Freigabe von Kasernen für Tbc-Erkrankte zu unternehmen, da es ein unhaltbarer Zustand sei, daß sich in der US-Zone 14 500 Personen mit offener Tbc in der Öffentlichkeit bewegen. Der Redner der SPD, Christian Härle, sprach sich für eine Beschäftigung der noch in Privatbeständen befindlichen Röntgengeräte für Krankenhäuser aus. — Die KPD-Abgeordnete Frau Langendorf machte am Beispiel der Stadt Mannheim, wo die Bevölkerung nach ihren Angaben in den letzten Wochen mit nur tausend Kalorien habe auskommen müssen, und wo bisher nur ein Drittel der Verbraucher den ihm zustehenden Zentner Kartoffeln erhalten habe, die allgemeine Ernährungslage für das Ansteigen der Tbc-Fälle verantwortlich.

Landwirtschaftsminister Stöck erklarte in Beantwortung einer SPD-Anfrage, daß eine Erhöhung der Kartoffelproduktion von einem auf zwei Zentner pro Kopf nur in Frage käme, wenn die Ueberbühler ihre Lieferungsverpflichtungen erfüllen würden, was jedoch zu bezweifeln sei. Schließlich wurde in der dritten Lesung das Gesetz über einheitliche Feiertagsregelung in beiden Landesteilen angenommen, und in zweiter Lesung der Gesetzentwurf über eine Dienststrafordnung behandelt.

Verordnung über Kurzarbeiter-Unterstützung

Stuttgart, 19. Okt. (Eig. Ber.) Die Landesregierung Württemberg-Baden hat jetzt die neue Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung erlassen, die rückwirkend ab 1. Oktober 1947 in Kraft tritt. Danach wird für den Lohnausfall infolge vorübergehender Arbeitsmangel Kurzarbeiterunterstützung in Höhe der Arbeitslosenunterstützung gewährt, für deren Bemessung bei einer auf mindestens 8 Arbeitsstunden oder eine Arbeitswoche in der Doppelwoche beschränkten Kurzarbeit der Unterschied zwischen dem Kurzarbeiter und 1/2 des Arbeitslosen maßgebend ist, das der Kurzarbeiter ohne den Arbeitsmangel in der betrieblichen Arbeit erzielt hätte. Freilich Strom-, Gas- oder Kohlenmangel Arbeit und Lohn ganz aus, so ist der Bemessung der Unterstützung der volle Lohnausfall zu Grunde zu legen. Die Unterstützung wird aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung bezahlt. — 4

Wirtschaftsbericht über Marshallplan

Appell an die Übersee-Länder — Austausch von Arbeitskräften

Paris, 19. Okt. (Dona-Reuters). Der zweite Teil des Berichts der Pariser Wirtschafts-konferenz über den Marshallplan ist veröffentlicht worden. In einem Vorwort dieses Teiles des Berichtes wird an die Übersee-Länder um Erhöhung ihrer Getreideausfuhr nach Westeuropa appelliert, da sonst eine Verbesserung der Zustände durch den Marshallplan noch für Jahre hinausgeschoben werden müßte. Die Aussichten der Landwirtschaft in den meisten der 18 am Marshallplan teilnehmenden europäischen Staaten haben sich seit Aufstellung der Informationen auf diesem Gebiet verschlechtert. Der Bericht stellt weiter fest, daß die teilnehmenden Länder einschließlich ihrer Kolonien und Westdeutschland Lebensmittel und landwirtschaftliche Maschinen in Höhe von 5000 Millionen Dollar zuzüglich zu den Lieferungen im Werte von 3 Milliarden Dollar in den Jahren 1948/49, aus den Überseeischen Kolonien der europäischen Staaten benötigen. Es sei nicht versucht worden, einen für alle betroffenen Länder passenden Plan aufzustellen. Die Wirtschaftsprogramme der einzelnen Staaten würden vielmehr die Grundlage für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen der Länder untereinander bilden, wie sie vor dem Kriege bestanden. In dem Bericht heißt es weiter, für eine wirkliche Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern auf dem Gebiete der Brennstoff- und Elektrizitätsversorgung gäbe es „positive“ Beweise. Die volle Ausnutzung der gegenwärtigen Kapazität in der Eisen- und Stahlindustrie könne nur unter gewissen Voraussetzungen gewährleistet werden. Die Pariser Wirtschaftskonferenz empfiehlt ferner, daß die in dem Bericht ent-

haltenen Angaben ständig genau und dem letzten Stand der Dinge entsprechend, gehalten werden sollen. Zwischenvertreter der Ein- und Auswanderer sollten so weit wie möglich innerhalb des Rahmens der UN-Organisationen, periodische Sitzungen zur Erörterung der Aufrechterhaltung genügender Lieferungen nach bedürftigen Ländern abgehalten werden. Länder, denen es an Arbeitskräften mangelte, sollten mit anderen Staaten über die Anwerbung von Arbeitskräften in der Hauptsache Besigle, Abkommen treffen. Der Bericht empfiehlt, daß Kriegsgefangene in einzelnen Ländern durch andere Arbeitskräfte ersetzt werden sollen.

Württembergisch-badischer Städtetag

Demontage stört internationale Wirtschaftsmöglichkeiten

Heidenheim, 19. Okt. (Dona.) In einer Entscheidung des württembergisch-badischen Städtetages, der unter dem Vorsitz des Stuttgarter Oberbürgermeisters Dr. Arnulf Kleit tagte, wird die Demontage von 600 Werken in der Bizone zu einem Zeitpunkt, da das gesamte öffentliche Leben von schwersten Versorgungsrisiken bedroht wird, als eine weitere tiefgreifende Erschütterung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens bezeichnet. Dieser Beschluß bedeutet aber auch eine Störung internationaler Wirtschaftsmöglichkeiten unter Verhältnissen, die eine Steigerung der Produktion verlangen. Der Abbau vorhandener Produktionsmöglichkeiten sei, abgesehen von Rüstungsarbeiten, deren Beibehaltung im Interesse des deutschen Volkes liege, einfach nicht zu verstehen.

Der Städtetag forderte zur Überwindung der Not im kommenden Winter folgende Maßnahmen: 1. Eine ausreichende Ernährung, das heißt mindestens 1300 Kalorien unter ernährungsphysiologisch richtiger Aufgliederung in Eiweiß, Fett und Kohlehydrate. 2. Eine ausreichende Versorgung mit Hausbrand, und zwar durch Überführung der Verteilungs- und Auslieferungsgeschäfte. 3. Eine angemessene Mindestausstattung der Stadtbevölkerung mit den zum Leben notwendigen Bedarfsgütern. 4. Eine wirksame Seuchenbekämpfung. 5. Eine organisatorische Vereinfachung und Beschleunigung durch enge Zusammenarbeit zwischen Selbstverwaltung und Staatsverwaltung.

Der Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Arnulf Kleit erklärte in einem Referat über „die Überwindung der Not im kommenden Winter“, bei richtiger Betrachtung der tatsächlichen wirtschaftlichen Situation komme man zu dem Ergebnis, daß wir uns schon heute nicht mehr in einer wirtschaftlichen Verbraucherverzögerung, sondern in einer mehr oder weniger caritativen Fürsorgewirtschaft für die schlimmsten Notfälle befinden. Die Frage der Reifenbewirtschaftung sei entscheidend für die Durchführung des gesamten Transportes, wenn nicht im letzten Augenblick eine wirksame Hilfe einsetze, drohe der Straßenverkehr am Reifenwechsel zu erliegen. — Der Mannheimer Oberbürgermeister Josef Braun berichtete, daß 40% der Mannheimer Bevölkerung nicht mit Kartoffeln und nur 20% der Schulen mit Kohle versorgt werden können.

Schwindende Widerstandskraft

Aus einem Bericht des Roten Kreuzes

London, 19. Okt. (Dona-Reuters). Die physische und moralische Widerstandskraft der schwergeprüften Völker des kriegsverwüsteten Europas beginne nachzulassen, heißt es in einem Bericht der medizinischen Abteilung der internationalen Roten Kreuz-Gesellschaft, in dem die Aussichten für 1947/48 als „trübe“ bezeichnet werden. Der Bericht schildert die Lage folgendermaßen: Österreich: 7 Millionen leben von der Hand in den Mund. Jede Verzögerung der Lebensmittellieferungen würde verhängnisvoll sein. — Belgien: Der wirtschaftliche und industrielle Wiederaufbau schreitet fort, aber die Bevölkerung befindet sich in einem harten Existenzkampf. Die Löhne sind im allgemeinen der Preisentwicklung nicht gefolgt. — Tschechoslowakei: Das Land ist in der Lage, große Mengen an Nahrungsmitteln zu exportieren. Auf Grund der Unterernährung während des Krieges benötigt die Bevölkerung jedoch große Mengen an Fett und animalischem Protein. — Frankreich: Steigende Lebensmittelpreise können leicht Unterernährung herbeiführen. — Deutschland: Die offiziellen Rationen sind ungenügend, aber ein großer Teil des Volkes kann zusätzliche Nahrungsmittel erhalten. Hungererdcme sind bereits in gewissen Gruppen der Bevölkerung feststellbar und Vitaminmangelkrankheiten werden häufiger. — Italien: Gesundheitslage besser als in

anderen Ländern auf Grund reichlichen Sonnenweins und guter Versorgung mit Obst und Gemüse. — Holland: Die Rationen für die Altersklassen zwischen vierzehn und zwanzig Jahren sind noch ungenügend. — Rumänien: Hunger ist in gewissen Gebieten allgemein verbreitet. Die Bevölkerung leidet dort größtenteils von Blattern, Rauminfekten und selbst Tonsurde. — Spanien: Der Überschuß an Nahrungsmitteln ist unnatürlich und das Resultat verminderte Kaufkraft der Bevölkerung.

Die Gemeindegewahlen in Frankreich

Gaullisten stehen in starker Führung

Paris, 19. Okt. (Dona). Nach einer um 22 Uhr in den Pariser Wahlbezirken durchgeführten Zwischenabzählung erhielten die Gaullisten laut AFP 42 820, die Kommunisten 17 200, die Sozialisten 890, die MRP 410 und die Splitterparteien 2000 Stimmen. In der Provinz führen die Gaullisten mit 27 Prozent der abgezählten Stimmen vor den Kommunisten, die 17 Prozent auf sich vereinigten. Die Sozialisten erhielten 25 Prozent, die MRP 13 Prozent, während 23 Prozent auf die Splitterparteien entfielen. Auch aus den ersten Ergebnissen der Provinz leit eine Mehrheit der Gaullisten zu ersehen. Im Departement Nord steht die Volkspolizei an erster Stelle, in der Gegend von Limoges gewonnen die

Gaullisten 46 Prozent der Stimmen, die Kommunisten 30, die MRP 20 und die Sozialisten 10. In Marseille seien nach den ersten Ergebnissen 10 500 Stimmen auf die Kommunisten gegen 10 100 auf die RPF und Gaullisten. — In der Gemeinde Istres im Departement Bouches du Rhone wurde die Liste des ehemaligen sozialistischen Premierministers Felix Gouin mit 1700 gegen 400 der Kommunisten gewählt.

Das erste amtliche Ergebnis der Gemeindegewahlen trat gegen Mitternacht auf AFP aus Aix en Provence ein. Danach erzielten die Gaullisten 502, die Sozialisten 513, die Kommunisten 514 und die MRP 230 Stimmen.

Deutschland-Rundschau

Verleite Westzonen:
Berlin (Dona). Die Armeen der Vereinigten Staaten hat der deutschen Eisenbahn 35 000 Handen, 100 000 Jacken, 20 000 Wänter und 50 000 Paar Wollsocken als Winterbekleidung für Eisenbahnpersonal zur Verfügung gestellt.

Köln (Dona-DFP). Die westdeutschen katholischen Bischöfe haben alle christlichen Arbeiter und Angestellten des Betriebes aufgefordert, bei den kommenden Betriebsratswahlen, am 28. und 29. Oktober, ihrer Wahlpflicht zu gedenken.

Düsseldorf (Dona). Mit 24 735 Stimmen wurde am 15. Okt. die bisher höchste Staatskassenlohnsteuer von Ruhrbergbau erreicht.

Berlin (Dona). Die Staatswirtschaft hat gegen den Direktor des Landeserziehungsrates Nordrhein-Westfalen, Dr. Rudolf Witz, der schon seit längerem von der Partei Weingärten wird, Anklage wegen schwerer positiver Bestechung erhoben.

Wiesbaden (Dona). Schabergeschichte für Württemberg-Baden, die sich im Besitz besonderer Groß- und Einzelhandels und nicht eingetragte werden konnten, können bis zum 31. Okt. 1947 bei den Wirtschaftskämern bzw. Bezirkswirtschaftsstellen zum Untersch eingetragt werden.

München (Dona). In der Nacht vom 16. zum 17. Okt. wurde in der Barsche der bayerischen Leistikraftwagen-Gesellschaft „Bavarian Truck-Company“ ein Raubmord an einem Nachtwächter verübt.

Sowjet-Zonen:
Berlin (Dona). Auf einer Konferenz der Ressortminister der Länder der sowjetischen Besatzungszone und der zuständigen Ministerdirektoren für Umstellung, am 21. Okt., wird über die Aufnahme und Unterbringung weiterer Umsiedler beraten werden.

Vierzonstadt Berlin:
Berlin (AP). Zwei amerikanische Soldaten von der Flughafenbesatzung in Berlin Tempelhof wurden auf der Straße von sechs Deutschen mit Knütteln und Messern tödlich angegriffen. Einer der Überfallenen amerikanischen Soldaten erlitt schwere Verletzungen am Kopf, am Körper und an den Beinen. Der andere erhielt einen Schlag auf den Kopf. Die Täter konnten bisher noch nicht ergriffen werden.

Frankfurter Zonen:
Frankfurt (Dona). Das städtische Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung wies den Süddeutschen daraufhin, daß die Beförderung von Kartoffeln und von allen anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, auch in kleineren Mengen, mit Kraftfahrzeugen, mit der Bahn oder durch die Post genehmigungspflichtig sei.

Wirtschaftsministerium bemüht sich um Milderung

Stuttgart, 19. Okt. (Dona). Schritte zur Erhaltung der wichtigsten Teile der auf der Demontageliste stehenden 39 Betriebe Württemberg-Badens werden vom württemberg-badischen Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden in den nächsten 14 Tagen unternommen werden, teilte ein Sprecher des Ministeriums mit. Bereits vor zwei Tagen ist, wie weiter mitgeteilt wurde, von seiten des Ministeriums bei den zuständigen Stellen der Militärregierung der Versuch unternommen worden, von den 39 zur Demontage vorgesehenen Firmen achtzehn auszunehmen. In den letzten Tagen seien beim Wirtschaftsministerium zahlreiche Gesuche eingegangen, in denen gebeten wurde, alles zu unternehmen, um die vorgesehenen Demontagen wieder rückgängig zu machen.

Vorkonferenz der Wirtschaftsminister
Wiesbaden, 19. Okt. (Dona). Die Wirtschaftsminister der Bizone werden nach einer an sie ergangenen Einladung des Direktors für Wirtschaft beim Exekutivrat, Johannes Semler, am Dienstag in Höhe zu einer Konferenz zusammenzutreten. Nach Ansicht des Generalsekretärs des Exekutivrats, Dr. Heinrich Tröger, ist diese Zusammenkunft als eine Vorkonferenz zum Treffen der Ministerpräsidenten am Mittwoch zu betrachten.

Aus der Arbeit des Landerrats

Stuttgart, 19. Okt. Das Direktorium des Landerrats stimmte in seiner 65. Sitzung einer Vorlage über die Neuregelung des Finanz- und Kreditwesens zu. Eine von Regierungsvizepräsidenten vorgelegte Denkschrift über Auswandererfragen wurde lebhaft diskutiert und zum Ausdruck gebracht, daß durch eine Auswanderung das Zahlenverhältnis der Geschlechter noch ungünstiger würde und die Auswanderung von Männern keine Erleichterung der Ernährungslage bringt. In Auswanderungsgesellschaften soll, um jedem Schwund entgegen zu wirken, eine mittlere Kontrolle eingerichtet und ein Ausschuss für Auswandererfragen gebildet werden. — 2

Der Demontageplan

Die weiteren Nachrichten und Meldungen über den Demontage-Plan bringen wir im Innern des Blattes. Die Redaktion.

Die Demontagen und ihre Wirkungen

Insgesamt 682 Werke, darunter 39 in Württemberg-Baden betroffen

Aus der Erläuterung des Planes

Lebensstandard 80% des Jahres 1934

Berlin, 19. Okt. (Dena.) Der neue Demontageplan für die Bizone umfasst insgesamt 682 zum Teil schon stillgelegte Werke, von denen 39 Rüstungsfabriken sind. Er beruht auf dem neuen Industrieplan für die Bizone. Ein großer Teil der allgemeinen Ausrüstung der Rüstungswerke ist bereits den Alliierten übergeben worden. Spezialmaschinen zur Herstellung von Waffen dienen nicht zu Reparationen, sondern werden zerstört. Deutsche Stellen können nach der Erklärung der Militärregierung innerhalb von zwei Wochen „guthabende Vorschläge“ über den Austausch eines Werkes für ein anderes gleicher Kapazität vorlegen. Der Industrieplan sei so bemessen, daß er Deutschland einen genügenden Lebensstandard gewährleistet und berücksichtigt, daß es durch seine Ausrüstung die Lücken in den Industrieländern schließen müsse. Die erhaltene Kapazität in der Schwerindustrie einschließlich der chemischen Industrie soll eine Produktion ermöglichen, die durchschnittlich fünf bis zehn Prozent unter dem Durchschnitt von 1936 liegt. Die Einheiten werden jedoch durch Produktionserhöhung in andere Industriezweige über den Stand von 1938 ausgeglichen. Der Demontageplan sieht eine Lebenshaltung der Bevölkerung der Bizone von etwa achtzig Prozent des Standards des Jahres 1938 vor, wie der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur General George P. Hays mitteilte. Bis zum Jahre 1951 sollen die verbleibenden Werke jährlich für zwei Milliarden Mark Exportgüter herstellen können, was etwa dem gesamten deutschen Export des Jahres 1938 entspricht. Die höchste Anzahl von zu demontierenden Rüstungsfabriken entfällt auf Niedersachsen mit 32 Betrieben, es folgen Bayern mit 24, Nordrhein-Westfalen mit 21, Hessen mit 21 und Hamburg mit 12 Werken. Von der Demontage der Rüstungsindustrie wird Nordrhein-Westfalen am stärksten betroffen, 77 Klein- und Stahlherstellende oder -verarbeitende Betriebe, 151 Werke der Maschinenindustrie und 19 Werke der chemischen Industrie werden ganz oder teilweise abgebaut.

demontierenden Anlagen könne erst in etwa 6 bis 7 Monaten festgestellt werden — In einer Stellungnahme weist das Zweimächte-Kontrollamt darauf hin, daß die Bizone auch nach Ablauf des Marshall-Planes des neuen Industrieprogramms noch nicht werde ausnützen können. Zu ihrer restlichen Ausnutzung sei die höchste Fleiß und die größte Erfindungsgabe der Deutschen notwendig. Das Zweimächte-Kontrollamt erklärt sodann, vor Einsetzen einer Demontage werde genügend Zeit zur Übertragung laufender Arbeiten und Überweisung der Arbeiter in andere Fabriken gegeben werden.

Asbury zum Demontageplan

Düsseldorf, 19. Okt. (Dena.) Das Demontageprogramm wird nunmehr so schnell wie möglich durchgeführt, erklärte der Zivilgouverneur von NRW William Asbury. Die Produktion solle jedoch so wenig wie möglich gestört werden. Betriebe, die auf der Demontageliste stehen und augenblicklich lebenswichtige Güter

produzieren, sollten genügend Zeit erhalten, um die in Arbeit befindlichen Güter und die Belegschaften auf andere Werke übertragen zu können. Für den Export arbeitende Werke würden eine Erfüllung ihres Auftrags oder deren Übergabe an andere Firmen ermöglicht. Grundsätzlich sei die Liste endgültig, doch hätten die Länder jetzt noch Gelegenheit, innerhalb 14 Tagen kleine, gut begründete Änderungen vorzuschlagen. Mr. Asbury versicherte sodann, daß in der britischen Zone von jetzt ab Einzelmaschinen die nicht bereits beschlagnahmt sind, nicht mehr entfernt würden. Im weiteren Verlauf der Konferenz erklärte der Zivilgouverneur, die britische Militärregierung habe sich entschlossen, die Zerstörung aller Gebäude die nicht ausgesprochen militärischen Charakter seien, einzustellen. Es würden nur noch solche Gebäude zerstört werden, bei denen die Durchführung des Abrüstungsprogramms unbedingt dies erfordere.

Britische Militärregierung erwartet gute Zusammenarbeit

Düsseldorf, 19. Okt. (Dena.) Der Gouverneur von Nordrhein-Westfalen William

Asbury erklärte am Freitag vor Vertretern der Gewerkschaften, die britische Militärregierung sei berechtigt, bei der Durchführung der Demontage eine gute Zusammenarbeit von deutscher Seite zu erwarten. Der Gouverneur wies vor allem auf die Mitarbeit bei der durch die Demontagen notwendig werdende Lenkung von Arbeitskräften hin. Ein Vertreter der Gewerkschaften und Gewerkschaften betonte, man sehe die Notwendigkeit ein, mit der Militärregierung in Ruhe über die Demontage zu verhandeln.

Warnung vor passivem Widerstand

Hamburg, 19. Okt. (Dena-Beur.) Henry Vaughan Berry, der britische Gouverneur von Hamburg, erklärte, daß ein Widerstand gegen den Demontageplan durch die Weigerung lediglich verurteilt würde. „Eine Weigerung gegenüber der Demontage oder eine Politik des passiven Widerstands und der Streiks“, würde von den anderen europäischen Staaten nicht als Beweis für eine patriotische Haltung der Deutschen, sondern nur als böser Wille und vorbedachter Widerstand gegen eine Wiedergutmachung der Kriegslasten gewertet werden.

durch die geplanten Maßnahmen betroffen werden, versicherte die heussche Regierung Schutz und Hilfe.“
gez.: Stock, Dr. Hilpert, Dr. Koch, Zinnkann, Zinn, Arndt, Dr. Stein, Lohberg, Böhler.

Bayern

München, 19. Okt. (Dena.) Der bayerische Ernährungsminister Dr. Josef Baumgartner erklärte im Hinblick auf den Demontageplan, jetzt wäre der Zeitpunkt gekommen, eingehend die Frage zu prüfen, inwieweit von deutscher Seite noch die Verantwortung getragen werden kann. Der Demontageplan und die Krise in der Kartoffelversorgung seien die beiden Schicksalsfragen in den nächsten Monaten.

Der amerikanischen Auffassung, daß das jetzt veröffentlichte Demontageprogramm die Durchführung des neuen Industrieprogramms nicht gefährden würde, stimmte der bayerische Wirtschaftsminister Dr. Hans Seidel für Bayern mit dem Vorbehalt zu, daß die Zulieferindustrie aus der Bizone die Erhaltung der bayerischen Kapazität im Rahmen des Industrie-Planes weiterhin ermöglichen. Seidel stellte in seiner Erklärung fest, daß die Grundlage für den Wiederaufbau der bayerischen Wirtschaft — so empfindlich die Lücken im Einzelnen sind — an sich nicht zerstört ist. „Er fügte jedoch hinzu: „Allerdings darf nicht übersehen werden, daß das Demontageprogramm nur ein Teilprogramm ist und letztlich nur im Zusammenhang mit den Restitutions- und dem noch drohenden Abbau der sogenannten „verbotenen Industriebetriebe“ betrachtet werden kann.“

Hamburg

Hamburg, „Von entscheidender Wichtigkeit wird es sein, die Demontageaktion in einer Form durchzuführen, die untragbare Belastungen der jungen deutschen Demokratie vermeidet“, heißt es in einer Erklärung des Hamburger Bürgermeisters Max Brauer. In diesem Zusammenhang müsse der Gedächtnispunkt einer vorurteilsfreien Zusammenarbeit zwischen den Siegermächten und den Deutschen nachdrücklich unterstrichen werden. Die von General Robertson für die Behandlung von Änderungsansuchen festgesetzte Frist von 14 Tagen könne das erste Beispiel dafür liefern.

Bremen

Bremen, Der Senatpräsident von Bremen, Wilhelm Kaisen, hat ein endgültiges Urteil für die Auswirkung des Demontageplans für verfehlt. In Bezug auf Bremen selbst begriffte er die verhältnismäßig geringen Demontageforderungen von demsen der geplante Abbau der Norddeutschen Hütte allerdings eine ernste Sorge für den Bremer Staat, da durch sie sowohl die Gasversorgung Bremens, die ohnehin schlechter ist als in anderen deutschen Großstädten, als auch der Wiederaufbau Bremens ernstlich gefährdet werde.

Schleswig-Holstein

Kiel, 19. Okt. (Dena.) Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Lüdeman erklärte, die für Schleswig-Holstein genannten Betriebe seien zum größten Teil bereits für Reparationen in Anspruch genommen. Der positive Kern dieses Planes sei die Tatsache, daß man nun klar sehe und eine Bestandaufnahme machen könne.

Schleswig-Holstein sei auf jede einzelne Maschine angewiesen, die für den Aufbau einer Friedensproduktion gut erhalten gemacht werden könnte. Es gelte nicht nur, das frühere Potential der Friedenswirtschaft zu erhalten, sondern das Land müsse zusätzlich Arbeitsmöglichkeiten und Produktionsstellen erhalten, damit es der auf 1,3 Mill. gewachsenen Bevölkerung Lebensmöglichkeiten geben könne.

Das Echo in den deutschen Ländern

Württemberg-Baden

Unerwartet große Verluste

Stuttgart, 19. Okt. (Dena.) Der württembergisch-badische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier bezeichnete die aus der Demontageliste sich ergebenden Verluste für Württemberg-Baden als unerwartet groß und sehr schwerwiegend. Es sei bedauerlich, daß nach der Liste Firmen unter die Demontage fallen sollen, die der Friedensproduktion dienen. „Wir werden“, fuhr Dr. Maier fort, „mit der Militärregierung um einzelne Firmen ringen und hoffen auf einen Erfolg.“

Der württembergisch-badische Wirtschaftsminister Dr. Hermann Velt gab seiner Erschütterung darüber Ausdruck, daß 28 Werke in Württemberg-Baden der Demontageliste stünden, obwohl er auf Grund von Verhandlungen mit der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden gehofft hätte, eine größere Anzahl dieser Fabriken der württembergisch-badischen Wirtschaft zu erhalten. Die Folgen der Demontage für Württemberg-Baden bezeichnete der Minister als sehr ernst. Dr. Velt erklärte weiter, daß er die Demontageliste sorgfältig prüfen und sich vorbehalten werde, etwaige Korrekturen daraus zu ziehen. Die Veröffentlichung der Liste vor dem Winter habe er für einen politischen Fehler. Abschließend sagte der Minister, daß er zu dem Problem der Demontage erst dann endgültig Stellung nehmen könne, wenn er die Gesamtsituation, da es sich nicht um ein Landesproblem, sondern um ein gesamtdeutsches Problem handle.

Eine Entschließung des Landtags

Stuttgart, 19. Okt. (Dena.) Zu Beginn der Freitag-Sitzung des württembergisch-badischen Landtags gab Präsident Wilhelm Keil eine persönliche Erklärung zu der Demontageliste ab. Auf Antrag des SPD-Abgeordneten Alex Möller wurde diese Erklärung als einheitliche Stellungnahme des gesamten Plenums von württembergisch-badischen Landtag angenommen. In der Erklärung heißt es: Von den insgesamt 682 Betrieben der amerikanischen und britischen Besatzungszone entfallen 39 auf das Land Württemberg-Baden. Die geplante Demontageaktion könne seiner Auffassung nach weder von politischen noch von wirtschaftlichen noch von moralischen und psychologischen Gesichtspunkten aus begründet sein. „Es ist unserer entschlossenen Wille, zu verhindern, daß irgendwelche wirtschaftliche Unternehmen wieder zum Zweck der Kriegserzeugung mißbraucht werden. Halten die Besatzungsmächte selbst zu diesem Ziel eine Kontrolle

durch sie selbst für geboten, so müssen wir das anerkennen. Innerer Entfernung von großen Wirtschaftsbetrieben bedürfte es zu diesem Zweck aber nicht. Es sei außerdem der ehrliche Wille des deutschen Volkes, nicht nur das eigene zerstörte Land wieder aufzubauen, sondern auch zum Wiederaufbau der übrigen durch den Hillekrieg verwüsteten Länder Europas nach bestem Können beizutragen. Die Aufgabe könne aber ohne Standortwechsel deutscher Unternehmen in viel wirksamerer Weise erfüllt werden. Erforderlich dazu sei lediglich den Betrieben Gelegenheit zur Entfaltung ihrer Kräfte zu geben. Die Demontage würde die zum Aufbau Europas erforderlichen Kräfte nicht, sondern schwäche sie, weil sie auf lange Zeit hinaus viele tausend Arbeiter für eine unproduktive Tätigkeit beanspruchen. Außerdem beschwöre sie die Gefahr beträchtlicher Arbeitslosigkeit in Deutschlands Besatzungen, durch ausreichende Exportleistungen, durch ausreichende Exportleistungen in die Lage zu versetzen, sich die Rohstoffe zu beschaffen, ohne daß Millionen Deutsche hungern müßten. Die Demontage widerspreche folglich dem Prinzip der wirtschaftlichen Rationalisierung. Ihre Auswirkung werde das Vertrauen vieler deutscher Menschen in die Möglichkeit einer Wiedermachung Deutschlands und Europas und der politischen Neuorientierung auf eine verantwortungsbewußte Demokratie schwer überwindbare Hemmnisse bereiten. Wir wissen, daß das deutsche Volk auf Grund der totalen Kapitulation des Hitler-Regimes abhängig und verpflichtet ist, sich ihrem Entschlossen unterzuziehen. Das kann aber kein Grund sein, die eigene vernunftgemäße politische und wirtschaftliche Überlegung auszuschalten und Maßnahmen, die wir von unserem Gesichtspunkt aus für verhängnisvoll halten, fatalistisch hinzunehmen.“

Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf, 19. Okt. (Dena.) In einer Erklärung zur Demontageliste forderte der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Karl Arnold eine Sofortkonferenz aller Ministerpräsidenten der Bizone im Einvernehmen mit dem Frankfurter Wirtschaftsrat.

Arnold weist auf die wirtschaftliche Bedeutung Nordrhein-Westfalens hin, das mit 294 zu demontierenden Betrieben weit an der Spitze stehe und betont, daß die Angelegenheit nicht nur das einzelne Land, sondern das ganze deutsche Volk angehe. Bei der Bevölkerung und bei der Regierung habe die Veröffentlichung der Liste und teilweise Zerstörung hervorgerufen. In der Kabinettberatung, die anschließend an die Übergabe der Liste stattfand, sei man sich darüber klar geworden, daß eine abschließende Erklärung über die Konsequenzen der geplanten Demontage noch nicht möglich sei.

Wirtschaftsminister Noetling hob die bestehende Ungewißheit hervor, die dadurch entsteht, daß die Demontage in ihren Fernwirkungen auch andere Industriezweige zum Erliegen bringen könne, die nicht direkt von ihr betroffen werden. Dies erfordere genaue Prüfungen, für die der angesetzte Termin von 14 Tagen nicht ausreichte. Zu der Versicherung, es würden keine Einzelmaschinen mehr entfernt, die nicht bereits beschlagnahmt seien, meinte Noetling, daß noch vollkommen unklar sei, ob alle Maschinen, die bisher registriert oder mit einem Requisitionsschein versehen wurden, als beschlagnahmt gelten. Jede Maschine, die man „uns nimmt“, sagte Noetling, ist eine Kapitalverminderung auf Europas Konto, den die abgebauten Maschinen werden in den anderen Ländern weitgehend als Schrott ankommen und nicht geeignete Bodennutzung finden, um richtig eingesetzt zu werden. Demontage und Transportkosten würden in manchen Fällen den Wert des betreffenden Werkes übersteigen. Der Marshall-Plan sehe vor, daß Europa zunächst seine ganze Kraft anstrengt, durch die Demontagen dagegen werde das größte Kraftpotential Europas, das Ruhrgebiet, abmontiert.“

Hessen

Wiesbaden, 19. Okt. (Dena.) Das hessische Kabinett befähigte sich in einer

außerordentlichen Sitzung mit der Demontageliste und beschloß folgende Erklärung:

„Die Bevölkerung Hessens hat mit tiefer Bestürzung von der Liste der in den beiden verbleibenden Zonen zu demontierenden Fabrikanlagen Kenntnis genommen. Die hessische Regierung hat in allen ihren Kundgebungen ihren festen Willen zum Ausdruck gebracht, zusammen mit dem Volke ihren Beitrag zur Überwindung aller zerstörerischen Kräfte in Deutschland, zur Sicherung des Friedens und damit wieder zum Aufbau Deutschlands und Europas zu leisten. Der hessischen Regierung und dem Volke ist bewußt, daß dazu auch Wiedergutmachungen gehören, die nichts sind als die unvermeidliche Folge des verbrecherischen Hitler-Krieges. Deshalb bringen sie Verständnis dafür auf, daß Rüstungs- und Betriebe abgebaut werden, die nicht aber bedauern, daß in diesem vielfach Maschinen dem Abbau bereits zum Opfer gefallen sind und noch fallen werden, die dem Aufbau einer Friedenswirtschaft hätten dienen können.“

Wenn weiter verlangt wird, daß auch Betriebe abgebaut werden, die stets nur friedlichen Zwecken gedient haben, so steht diese Forderung nach Meinung der hessischen Regierung im offenen Widerspruch zu dem Gedanken und Zielen des Marshall-Planes und zu den wiederholt abgegebenen Versicherungen, Europa zu dessen Wiederaufbau die deutsche Wirtschaft einen wesentlichen Beitrag zu leisten hat und zu leisten entschlossen ist. Die hessische Regierung fühlt sich — gerade am Anbruch des vielleicht schwersten Winters der deutschen Geschichte — verpflichtet, auf diesen Widerspruch mit allem Ernst und aller Sorge hinzuweisen. Sie bekennt sich wie vor, ihren und des Volkes guten Willen am Wiederaufbau der Wirtschaft zur Erreichung eines dauerhaften Friedens beharrlich weiterzuarbeiten, um dieses Ziel zu erreichen, so alle in dem Plan liegenden Möglichkeiten auszunutzen und ihre Bemühungen fortzusetzen, eine Aenderung des Planes im Sinne der Erhaltung der Friedenswirtschaft herbeizuführen. In diesem Sinne fordert sie das hessische Volk, insbesondere die Gewerkschaften und alle in der Wirtschaft Tätigen auf, in dieser schweren Stunde Besonnenheit zu bewahren und keinerlei unüberlegte Schritte zu tun. Allen Genen aber, die

Dr. Spieker: Abbau wirtschaftlich unvernünftig

Frankfurt, 19. Okt. (Dena.) Dr. Spieker gab im Exekutivrat folgende Erklärung ab: „Wir anerkennen den Anspruch der Sieger auf Reparationen und unsere Verpflichtung zur Wiedergutmachung. Wirksame Wiedergutmachung kann von uns aber nur durch Arbeit geleistet werden, und darum widerspricht es der wirtschaftlichen Vernunft, uns durch den Abbau von Arbeitsstätten und die Entfernung von Maschinen und Werkzeugen der Möglichkeit zur Arbeit zu berauben. Selbstverständlich müssen Rüstungsarbeiten verschwinden, aber so weitgehende Eingriffe in private Eigentum sollten zur Wahrung der Rechtschaffenheit und der Rechtssicherheit in einer Friedensregelung vorgenommen und nicht durch militärischen Befehl dreißig Monate nach Einstellung der Feindseligkeiten angeordnet werden. Kein Volk erkennt klarer als das deutsche die Notwendigkeit einer Einigung und Vereinigung der europäischen Völker und Staaten, und darum hat auch kein Volk tieferes Verständnis für die Marshall-Offerte als das deutsche. Sinn und Zweck der Marshall-Offerte ist Zusammenfassung der europäischen Wirtschaftskräfte, damit der größtmögliche Nutzeffekt aus Europas Leistungsfähigkeit erzielt wird. Die Umstellung von Industrien innerhalb Europas kann dabei unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gerechtfertigt sein, das heißt, es kann nur sinnvoll sein, wenn dadurch ein größerer Nutzeffekt erzielt wird. Es ist aber nicht einsehbar, wie durch die Wagnahme von Betrieben und die Bruchlegung der Arbeitskraft von Qualifizierten und die Ausschüttung ihrer Maschinen an nicht-qualifizierte Arbeiter ein besserer Nutzeffekt erzielt werden kann. Wir Deutschen können darum nicht verstehen, wie der Demontageplan mit der Marshall-Offerte in Europa in Ein-

klang zu bringen ist. Der Demontageplan erscheint uns nicht nur wirtschafts-, sondern auch europafeindlich.“

Hitler ist zur Herrschaft gelangt, als in Deutschland mehr als sechs Millionen Arbeitslose heumilieten und durch Arbeitslosenunterstützung unterhalten werden mußten. Die Unterstützung Arbeitsloser ist aber volkswirtschaftlich sinnvoller als die Zahlung von Löhnen, die für die Zerstörung der Volkswirtschaft gezahlt werden müssen. Die vorhergehenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit der Jahre vor 1933 sind bekannt. Niemand vermag voranzuschreiten, welches die Folgen einer vernunftwidrigen Lohnpolitik in einer Zeit des Hungers und der Verweifung sein werden. Weil die wirtschaftliche Vernunft wieder auf dem Marsch ist und ich den festen Glauben hege, daß gerade die Marshall-Offerte die Verständigung und Einigung der europäischen Völker beschleunigen wird, kann ich nicht annehmen, daß die jetzt veröffentlichte Liste der in Deutschland zu zerstörenden Betriebe eine endgültige ist.“

Ministerpräsidenten-Konferenz

Wiesbaden, 19. Oktober (Dena.) Die Ministerpräsidenten der Länder der Bizone werden sich am Mittwoch in Wiesbaden versammeln, um die beschlagnahmten Besprechungen mit dem Exekutivrat und den Vertretern des Wirtschaftsrates über die aus der Veröffentlichung der Demontageliste geschaffene Situation zu klären.

Hauptausschuß des Wirtschaftsrats tritt zusammen

Frankfurt, 19. Okt. (Dena.) Der Hauptausschuß des Wirtschaftsrats wird am Dienstag zusammenzutreten um die Lage zu prüfen, die sich durch die Veröffentlichung der Demontageliste ergeben hat.

Die Demontage-Liste

Aus der Liste der Werke außerhalb Württemberg-Baden bringen wir folgende größere Betriebe:

Henschel, Flugmotorenbau; Junkers, Flugmotorenbau; Gerhard Fieseler-Werke; Klockner-Humboldt; IG, Farben; Friedrich Krupp; Adlerwerke; Deutsche Metallwerke; Rossum; Siemenswerke; Continental Metallwerke; Süddeutsche Völkner; Dyckhoff-Maschinenbau; Krupp, Gießerei; Rheinmetall-Bord; Mannesmann-Werke; Gute Hoffnungs-Hütte; Solingen-Mercedes; Alfa-Werke; Deutsche Edelstahlwerke; Dynamit-A.G.; Focke-Wulf; Metallwerke Wolfenbüttel; Optische Werke Schneider; Pönnagen-Werke; Kriegsmarinewerft Wilhelmshaven; August Thyssen-Hütte; Dormund-Hörde Hüttenverein; IG, Sauerstoff-Werke; Leitz-Werke; Atlaswerke; BMW; Deutz-Stahlwerke; Leicht- und Signaltechnik Fritz Sauer; Reemtsma-Werke; Kugelfischer Schweinfurt; North-Südnacht A. G.; Dornier-Werke; Messerschmitt G. m. b. H.; MAN-Augsburg; Junkers G. m. b. H.; Blohm u. Voigt; Kriegsmarine-Arsenale; Asphaltwerke; Ruhrstahl A. G.

Der Abbau in Württemberg-Baden

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken AG. Grözingen; Colis Metallwerke, Reichensbach-Aalen; Klockner-Humboldt-Deutz AG., Werk Ulm-Ulm-Donau W u W. Schenk, Leichtgüterwerke, Maibronn; Luftfahrtzweigbau Gebr. Haage, Stuttgart-Valldorf; Harg Klemm, Flugzeugbau, Böblingen;

Elma GmbH, Waiblingen; Gustav Genschow AG., Durlach-Karlruhe; Daimler-Benz AG., unterirdische Fabrik Neckarelz-Obrißheim am Neckar (Goldfisch GmbH); Dillinger-Hütte, Mannheim; Elektronen GmbH, Bad Cannstatt; Deutsche Pyrotechnikfabrik, Cleebronn; Kramer und Fiemmer, Heilbronn; Saline Ludwigshall, Bad Wimpfen; H. Frank GmbH, Mannheim-Birkenau; Fulmina-Werke (Pfeil), Mannheim; Hommelwerke, Mannheim, Kiefer, Maschinenfabrik, Stuttgart; Klein, Ober-Eßlingen; Mahler, Eßlingen; Meißner und Wurst, Stuttgart; Orlich, Eßlingen; Rohleder Kesselschmiede Stuttgart; Saeuferer u. Co., Plochingen; Fr. Schuler, Mühlacker; Stiefelmeyer, Eßlingen; Streicher, Bad Cannstatt; Süß, Arrauwerke, Karlsruhe; Süß Präzisionswerke, Geislingen; Gebr. Wagner, Stuttgart; Ad. Haiser, Stuttgart; Maschinenfabrik Bohner u. Koehle AG., Eßlingen; Indexwerke, Eßlingen; Frits Müller, Eßlingen; Schmidt u. Schaudt vorm Unger, Stuttgart; Vorrichtungsbaum Hueller, Ludwigshafen; Motorenfabrik Wilhelm Gutbrod, Stuttgart-Feuerbach; Codic AG., Werk Einsingen, Enzinger Großkraftwerk Mannheim AG., Mannheim-Neckarsau,

Wirtschaft, Parteien und Gewerkschaften

Die Meinung führender Männer der Wirtschaft

Kassel. Die Hauptgeschäftsführung der kurhessischen Industrie- und Handelskammer in Kassel umreißt das Kernproblem der Demontage, das sich ihrer Meinung nach aus der neuen Demontage-Liste ergibt, in folgenden Fragen: Wie weit wird die Entscheidung der Besatzungsmächte über die endgültige Demontage-Liste zu Eingriffen hinsichtlich der Gebäude und Anlagen der auf der Liste bekanntgegebenen Unternehmungen führen. Als Beispiel für die Bedeutung dieser Frage führt die Industrie- und Handelskammer u. a. an, die für die Demontage vorgesehenen Fließband-Werke hätten nach dem vorliegenden Unterlagen in wesentlichem Umfang Maschinen in über 20 Industrie-Unternehmungen mit reiner Friedensfertigung abgeben. Der Fortbestand dieser Friedensfertigung wäre nicht nur bedroht, sondern voraussichtlich unmöglich, wenn der Demontage-Befehl für die Fließband-Werke gleichzeitig die Zerstörung oder den Abtransport der an andere Unternehmungen abgegebenen Maschinen und sonstigen Betriebsanlagen zur Folge haben würde.

und ernährt werden könnten, wenn nicht gleichzeitig eine Erhöhung der Industrieproduktion und damit der Exportmöglichkeiten gewährleistet wird.

Wiesbaden. Die Frage der Demontage sei noch keineswegs endgültig entschieden, erklärte ein Sprecher der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden. Die Forderung der Siegermächte auf Zahlung von Reparationen sei nicht durchführbar, wenn die industriellen Voraussetzungen hierzu auf der anderen Seite abgebaut würden.

Minden. In einer inoffiziellen Stellungnahme erklärte der Leiter der Demontageabteilung des Verwaltungsamtes für Wirtschaft in Minden, Senatrat Walter Schmid, die neue Demontage-Liste sei nicht ganz so hoch ausgefallen, wie man ursprünglich erwartet habe. Bezüglich der Eisen- und Stahlindustrie betonte Schmid jedoch, daß nach Abbau der auf der Demontage-Liste stehenden Firmen die kürzlich neu festgesetzte Kapazität von 18 Millionen Tonnen Stahl kaum ausgenutzt werden könne.

Hinsichtlich der sozialen Folgen der Demontage sei nicht zu erwarten, daß sich die Zahl der Arbeitslosen rückartig erhöhen würde, denn, wie englische und amerikanische Kreise betonen, würden etwa 9000 Arbeitskräfte zur Durchführung der Demontagetätigkeiten benötigt werden. Dieses Bild werde sich allerdings wahrscheinlich in dem Augenblick ändern, in dem die Währungsreform durchgeführt sei und ein Großteil der ausgedienten fast ausschließlich vom Schwarzhandel lebenden Arbeitskräfte wieder auf normalem Wege sein Brot erwerben müßte.

unterzubringen. Außerdem würden die Gewerkschaften über die Parteien dem Landtag einen Gesetzentwurf unterbreiten. In dem ersucht werden soll, mit nicht ausgenutzten Maschinen aus anderen Betrieben in den durch die Demontage leerwerdenden Fabrikgebäuden neue Produktionsstätten zu schaffen. Zu der Frage, wie sich die Gewerkschaften zu eventuell ausbrechenden Streiks in den demontierenden Werken verhalten werden, betonte Kleinkecht, daß die Gewerkschaften nicht zu Streiks aufrufen würden, die Einstellung der Arbeiterschaft dieser Werke jedoch verweigern könnten.

Verwirrung und Unruhe in den Klockner-Humboldt-Deutz-Werken

Stuttgart, 19. Okt. (Dena). Unter der Begegnung der Klockner-Humboldt-Deutz-Werke herrschte nach Mitteilung des Leiters der Wirtschaftsabteilung der US-Militärregierung für Württemberg-Baden, Mr. George L. Erlon, vorübergehend Verwirrung und Unruhe infolge einer falschen Auslegung der Demontage-Liste. Es handelte sich jedoch, wie der amerikanische Offizier betonte, keinesfalls um einen Streik. Die Geschäftsleitung des Werkes bestätigte der Dena ebenfalls auf telefonische Rückfrage, daß von einem Streik keine Rede sein könne. Die Unruhe unter den rund 3300 Arbeitern des Werkes waren nach Mitteilung Mr. Erlons auf Grund der irrtümlichen Auslegung der britisch-amerikanischen Erklärung entstanden, nach der die Klockner-Humboldt-Deutz-Werke zu Reparationen herangezogen werden sollten. Die Arbeiter beruhigten sich, als das württembergisch-badische Wirtschaftsministerium hierzu bekanntgab, daß nur 21 Maschinen des Werkes, die früher zur Herstellung von Unterteilmaschinen dienten, abmontiert werden sollen. Die Demontage dieser Maschinen wird, wie Mr. Erlon erklärte,

auf die laufende Produktion dieser Fabrik keinerlei Einfluß haben.

Würzburg (Dena). Der Generalsekretär des Bayerischen Gewerkschaftsbundes und Mitglied des Wirtschaftsrates, Georg Reuter-München, bezeichnete die Bekanntgabe der Demontage-Liste als außerordentlich wichtig, da jetzt Wirtschaft und Staat wüßten, welche Produktionsmittel erhalten blieben. Viele Unternehmer hätten bisher aus Angst vor der Demontage ihre Betriebe überhaupt nicht aufgebaut oder vergrößert.

Düsseldorf. Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die britische Zone erklärte zum Demontageplan, er habe die Befürchtungen weit übertrieben, da er an den Existenzbedingungen von Zehntausenden arbeitenden Menschen rühre und das Gefüge der ohnehin totkranken deutschen Wirtschaft erschüttere. Der DGB weist darauf hin, daß den Gewerkschaften keinerlei Möglichkeit auf die Gestaltung und den Ablauf der Demontage-Maßnahmen gegeben wurde, obwohl mit Hilfe ihrer Kenntnisse der Psychologie der arbeitenden Bevölkerung sich manches hätte glücklicher gestalten lassen. Unter den letzten Umständen sei die Aufnahme des Demontageplans bei den Arbeitnehmern denkbar schlecht. Er fordert die Gewerkschaftsmitglieder auf, klaren Kopf zu behalten und zu unterlassen, was statt zu nutzen, das Uebel nur noch vermehren würde.

Hamburg (Dena-DPD). Die 1500 Mann starke Belegschaft der auf der Demontage-Liste stehenden Bismarck- u. Voß-Werke nahm einstimmig eine Entscheidung an, die die Gewerkschaften an, in der diese zu Verhandlungen mit dem alliierten Kontrollrat über die Erhaltung der Lokomotiv-Reparaturanstalt und der Instandhaltungsfabrik für Elektrizitätswerk-Ausrüstungen aufgefördert werden.

Stimmen aus dem Ausland

Frankreich befriedigt

Paris, 19. Okt. (Dena.) Die Veröffentlichung der Demontage-Liste für die Bizone wurde in hohen französischen Regierungskreisen mit warmer Befriedigung begrüßt. Es wurde betont, Frankreich habe stets die Anschauung unterstellt, daß Deutschland für den Schaden, den es den Wirtschaftssystemen der Alliierten zugefügt habe, aufzukommen habe. Frankreich habe in dieser Hinsicht schon ein Beispiel durch die Abmontierung der Dornier-Werke im französischen Sektor Berlins gegeben.

Ausschaltung der Konkurrenz

Moskau, 19. Okt. (Dena-Reuters). Der Kommentator des Senders Moskau, V. Melnikow, erklärte der anglo-amerikanischen Reparationspläne für die Demontage der Industriewerke in Westdeutschland, die auf der einen Seite darauf hin, die deutsche Kriegswirtschaft als Ergänzung der amerikanischen Kriegsindustrie wieder zu schaffen und auf der anderen Seite die jenseitigen Friedensindustrien Deutschlands auszumerzen, die als Konkurrenz für Großbritannien und die Vereinigten Staaten auf dem Weltmarkt auftreten könnten. Eine genaue Prüfung, so sagte der Kommentator, würde zeigen, daß der Plan mit der ausstehenden anglo-amerikanischen Politik in Deutschland nicht im Einklang stehe.

Zustimmung und Ablehnung

London, 19. Okt. (Dena-Reuters) Wirtschaftliche Sachverständige erklären hier, die wichtigsten Probleme, welche die Demontage-Liste unberücksichtigt lasse, seien der Einfluß der Demontagen auf die deutsche Produktionskapazität für Werkzeugmaschinen, die voneinander abwichen. Den Schätzungen über die verbleibende Stahlkapazität und die Ungewißheit über das Schicksal der früher verbotenen Industriewerke, wie Schiffbau und Aluminium-Produktion. Die strengsten Kritiker der Demontage-Politik erkennen an, daß große Anstrengungen unternommen worden sind, um ein

gerechtes Gleichgewicht zwischen Sicherheitsbedürfnissen und Reparationsbedürfnissen der Alliierten einerseits und der notwendigen Chance für die Deutschen, sich aus der Abhängigkeit herauszuarbeiten, andererseits einzubalancieren. — Die Beschränkung der Demontagen von 730 und 800 auf 600 Fabriken ist laut Reuter das Ergebnis von Bemühungen besonderer Zentren der Arbeitslosigkeit und das Entstehen technischer Engpässe zu vermeiden, die durch die Demontage örtlich unentbehrliche Zubehörsysteme entstehen könnten. Auch nach der Veröffentlichung der Demontage-Liste herrscht noch einige Ungewißheit hinsichtlich der endgültigen Produktionskapazität der deutschen Industrie, da noch nicht abzusehen ist, ob die Werke der verbotenen Industriewerke auf einer Zusatzliste zur Demontage-Liste erscheinen oder ob eine zweite große Liste zu demontierenden Werken erwartet werden muß. Diese Unklarheit betrifft besonders die Zukunft der Aluminium-, Kessel-, synthetischen Benzin-, Buna- und Kunststoffenergie-Werke sowie die Werften, die für die norddeutschen Hafenanlagen lebenswichtig sind. Alle diese Industriewerke sind mit Ausnahme der Werften nur vorläufig erlaubt.

Die englische Presse

New York, 19. Okt. (AP.) Die „New York Herald Tribune“ schrieb: Die Demontagen in Westdeutschland stellen den Widerspruch mancher anderer europäischer Länder, weil ihnen nach dem neuen Plan ein angeblich zu hohes Industrienniveau zu Grunde gelegt werde, und auf deutschen Widerstand mit der Begründung, daß sie gleichbedeutend seien mit der Vernichtung einer für die Friedensproduktion benötigten Kapazität. Die Deutschen sollten eingedenk sein, daß das Reparationsprogramm für die Westzonen weder so drastisch im Umfang noch so wirkföhrlich in der Durchführung ist wie sein Gegenstück in der sowjetischen Zone. Den anderen europäischen Nationen ist dagegen vorzuhalten, daß diese

Demontagen das Mörchen Lügen strafen, demzufolge Amerika geneigt sei, den Wiederaufbau der deutschen Industrie vor demjenigen anderer europäischer Länder den Vorrang einzuräumen.

London, 17. Okt. (AP.) Der konservative „Daily Telegraph“ schreibt: „Nach dem letzten Kriege bilden die Reparationen nicht das brennende Problem wie nach dem Kriege 1914/18. Allgemein erkennt man die Richtigkeit des Grundsatzes an, daß Deutschland zwar im Bereich der Möglichen Wiedergutmachung leisten müsse, daß es aber gleichzeitig in der Lage sein sollte, einen vernünftigen Lebensstandard aufrechtzuerhalten.“

Das liberale Blatt „News Chronicle“ nimmt einen anderen Standpunkt ein. Es schreibt: „Ist es klug gehandelt, wenn man 3000 Mann der an sich beschränkten Menge deutscher Arbeitskräfte vom Aufbau auf die Vernichtung von Werken umleitet? Ist es richtig, daß wir das Risiko ausgedehnter Unruhen in der deutschen Industrie eingehen und die westliche Verbilligung des deutschen Volkes verschärfen, was sich vielleicht nie wieder gutmachen läßt? Lohnt es sich, einen Zusammenbruch des überblähten deutschen Transportsystems in Kauf zu nehmen, um an die Nachbarländer Deutschlands große Mengen von Industrie-Anlagen abzuliefern, die diese eventuell aus Mangel an Treibstoff und Rohmaterial nicht einmal benutzen können?“

Die unabhängige „Times“ schreibt: „Die von der Militärregierung Deutschlands veröffentlichte Demontage-Liste zeigt, daß die Anzahl der Betriebe, die für den Abbruch in Frage kommen, nicht einmal die Hälfte der ursprünglich für Reparationen vorgesehenen Werke erreicht. Die Liste hat ihre großen Vorteile. Sie zeigt, welche Betriebe demontiert werden sollen, wonach die übrigen ohne Furcht vor weiteren Demontagen so wirksam wie nur irgend möglich ausgenutzt werden können. Wenn auf diese Weise die Reparationen beglichen sind, können nur die deutschen Behörden Pläne für die künftige Auswirkung ihrer Industrie entwerfen. Dies dürfte sich günstig auf die Stimmung der Deutschen und ihre Arbeitsmoral auswirken, und eine solche Wirkung war besonders beabsichtigt. Die Demontage list wahrscheinlich der letzte große Eingriff in deutsche Verhältnisse, den die Westmächte vornehmen.“

Leeds (Dena-Reuters). In einem Kommentar zur Veröffentlichung der Demontage-Liste für die Bizone erklärt die konservative „Yorkshire Post“, der deutschen Produktion werde durch die anglo-amerikanische Demontagepolitik voraussichtlich ein gefährlicher Aderlaß zugefügt. Deutschland sehe sich einem Winter gegenüber, der vielleicht noch schlimmer werde als der letzte. Es werde wahrscheinlich noch weniger Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände geben. Es sei eine schmerzliche Aufgabe, abzuschließen, als die Attlee-Regierung in der Deutschlandfrage genau so wie in anderen Fragen eine Politik ohne klaren Kurs verfolgte.

Aus Berliner Zeitungen

Berlin, 19. Okt. (AP.) Die Reaktion der Berliner Presse auf das britisch-amerikanische Demontageprogramm fiel milder aus, als erwartet worden war. Obwohl die beiden führenden politischen Parteien mit der Kritik nicht zurückbleiben und der antilige „Sozialdemokrat“ sogar seine Forderung nach einem Demontage-Moratorium erneuerte. — Das Blatt schreibt: „Es wäre ungerade, unausgesprochen zu lassen, daß dieser Demontageplan Abschnitte enthält, die auch von den Deutschen anerkannt werden müssen. Die Verringerung der Zahl der ursprünglich in diesen zwei Zonen für die Demontage vorgesehenen Betriebe von 1620 auf 600 beweist, daß in den zwei Jahren seit der deutschen Kapitulation die Vernunft Fortschritte gemacht hat.“

Der britisch-licenzierte „Telegraph“ erklärt: „In der Tatsache, daß die von Deutschland zu tragenden Demontagen und Transportkosten sehr hoch sind und in extremen Fällen sogar den ganzen Wert zu der zu demontierenden Werke übersteigen, kommt die Unwirtschaftlichkeit dieses Verfahrens deutlich zum Ausdruck.“

Der „Telegraph“ erklärt: „In der Tatsache, daß die von Deutschland zu tragenden Demontagen und Transportkosten sehr hoch sind und in extremen Fällen sogar den ganzen Wert zu der zu demontierenden Werke übersteigen, kommt die Unwirtschaftlichkeit dieses Verfahrens deutlich zum Ausdruck.“

Die Stellungnahme der Parteien

Nürnberg (Dena). Der Landesvorsitzende der FDP in Bayern, Dr. Thomas Dehler, gab seine Stellungnahme zur neuen Demontage-Liste wie folgt bekannt: „Ich bin über die heute veröffentlichte Liste der zu demontierenden bayerischen Betriebe tief betroffen. Sie geht über die unbestrittenen Notwendigkeit, reine Rüstungsbetriebe abzubauen, weit hinaus und schlägt dem Organismus der verblichenen Wirtschaft kaum heilbare Wunden. Der Ausfall wichtiger Schlüsselbetriebe — etwa Chillingworth, Nürnberg oder Kugelfischer, Schweinfurt — wird notwendig zu schweren Störungen auf allen Sektoren unseres Wirtschaftslebens führen. Ich kann nicht erkennen, daß der Wille zu wirtschaftlicher Vernunft an Werke ist. Um ein Beispiel herauszugreifen. Die Südwärme in Bamberg, eine Tochterfabrik von Krupp, hat seit ihrer Gründung nur Lastkraftwagen hergestellt. Es ist kein verständiger Grund zum Abbau vorhanden. Der gut eingeleitete Apparat wird zerschlagen und tausend fachkundige, in ihrer Leistung aufeinander abgestimmte Menschen liegen auf der Straße. Das ist ein Abbau, der niemanden nützt und der nur die Möglichkeit der materiellen und der immateriellen Reparationen verdirbt. Am schmerzlichsten empfinde ich vor allem den Mangel an Vertrauen, der sich hier zeigt. Mißtrauen zerstört, den Schaden trägt vor allem die junge deutsche Demokratie.“

Hannover. Der stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer, erklärte, daß die Demontage von Produktionsmitteln und Maschinen, die der Friedensproduktion dienen nicht nur das deutsche Volk, sondern auch die europäischen Völker stufe, die einen Anspruch auf Wiedergutmachung haben. Die SPD erkenne die Pflicht des deutschen Volkes zur Wiedergutmachung, den Anspruch der Alliierten auf Sicherheit an, sie sei jedoch der Meinung, daß die Voraussetzung für eine wirksame Wiedergutmachung die Leistungsfähigkeit der deutschen Friedensproduktion sei. Die Ausdehnung der Demontage auf Werke der Friedensproduktion müsse den Glauben des deutschen Arbeiters an die Aufrichtigkeit der alliierten Versicherungen Deutschland beim Wiederaufbau zu helfen, erschüttern. Er glaube nicht, daß in der gegenwertigen Situation den deutschen Arbeitern zugunsten werden könne, an der Demontage von deutschen Arbeitsstätten und Maschinen, mitschleifen, die ausschließlich und eindeutig der Friedensproduktion dienen.

Wiesbaden. Der kommunistische Fraktionsvorsitzende im hessischen Landtag, Leo Bauer, bezeichnete es als bedauerlich, daß die westlichen Alliierten erst zwei Jahre nach der Kapitulation ihre Demontageslisten veröffentlichten und dadurch die Verzerrung im Aufbau der deutschen Wirtschaft vergrößert hätten. Bauer bedauerte weiter, daß die Demontagen in der Sowjetzone zwei Jahre lang zum Kampf gegen den Kommunismus und gegen die Sowjetzone benutzt worden seien. Nun stelle es sich heraus, daß das ganze deutsche Volk für die im Kriege angetrichteten Schäden aufkommen müsse, und nicht nur eine Zone.

Kritik der Gewerkschaften

Bayerischer Gewerkschaftsbund mahnt zur Ruhe

München, 19. Okt. (Dena). Der Bundesvorstand des bayerischen Gewerkschaftsbundes richtete an alle Belegschaftsmitglieder der unter das Demontageprogramm fallenden Betriebe die Warnung, sich nicht durch unverantwortliche Elemente zu unüberlegten Handlungen hinreißen zu lassen, sondern die entscheidenden Beschlüsse der Gewerkschaftskörperschaften abzuwarten. Ferner gibt der Bundesvorstand die Erleichterung eines Sonderbros für Demontagefragen in München bekannt. Gleichzeitig sollen entsprechende Büros bei den Ortsausschüssen in München und Nürnberg und bei den Bezirksleitungen geschaffen werden. Außerdem hat der Bundesvorstand der bayerischen Gewerkschaften die Vorstände der Betriebsräte für den 20. Oktober zu einer Konferenz nach München einberufen. Die Betriebsratsvorsitzenden wurden angewiesen, Unterlagen über die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten, sowie Zahlenmaterial über den Umfang des Maschinenparks mitzubringen. Ein schwerer Schlag für Arbeitnehmer

Duktionsstätten für den so dringend notwendigen inländischen und ausländischen Bedarf erhalten bleiben.

Hamburg, 19. Okt. (ap.) Ein Gewerkschaftsführer von der Ruhr, Hans Böhm, erklärte in Hamburg, die Demokratie in Deutschland stehe und falle mit der Art und Weise, wie die Demontagepolitik durchgeführt werde. Er erwähnte, ein großer Teil der Werke im Ruhrgebiet sei bereits auf Friedensproduktion umgestellt und sei dementsprechend in die Pläne der deutschen Wirtschaftschlechte aufgenommen worden. Einige der Stahlwerke seien unter dem Gesetz zur Entflechtung der Kartelle in einzelne unabhängige Unternehmen aufgeteilt worden und ständen unter der Kontrolle der britischen Stahlverwaltung. Wie Böhm weiter mitteilte, würde nach dem Treffen der Gewerkschaftsführer aller Zonen am Montag eine Erklärung über die Politik der Gewerkschaften herausgegeben werden.

Der Leiter der Gewerkschaften Hamburg, Adolf Kummerhous, äußerte sich stände hinter der Demontage-Liste mehr als nur der Wunsch nach Sicherheit seitens der Alliierten. Eine ähnliche Ansicht brachte auch der Führer Christlichen Demokraten in der Westzone, Dr. Konrad Adenauer, im Ausdruck.

Gefahr einer nationalen Welle

Stuttgart, 19. Okt. (Dena). Der Sekretär des württembergisch-badischen Gewerkschaftsbundes, Wilhelm Kleinkecht, sagte in einem Interview, es bestehe die Gefahr, daß die Veröffentlichung der Liste eine nationale Welle auslösen könne. Um den Auswirkungen der Demontage zu begegnen müsse versucht werden, die stellunglos werdenden Arbeitskräfte in gleichartigen Betrieben unter Wahrung ihrer im demontierten Werk erworbenen Rechte

Stahlkapazität wird nochmals überprüft

General Robertson: Demontagebeschlüsse sind endgültig

Düsseldorf, 19. Okt. (Dena.) General Sir Brian Robertson, der stellvertretende britische Oberbefehlshaber für Deutschland, empfing im Anschluß an die Besprechungen mit Ministerpräsident Karl Arnold und Wirtschaftsminister Professor Dr. Eric Nöbling Vertreter der politischen Parteien Nordrhein-Westfalens. General Robertson sicherte den deutschen Vertretern eine verständnisvolle Nachprüfung der Demontageentscheidungen an. Zu Beginn seiner Ausführungen wies General Robertson darauf hin, daß nicht das „Ob“, sondern das „Wie“ der Demontagemassnahmen diskutiert werden könne. Von den Deutschen zu einer Stellungnahme eingeräumten 14tägigen Frist könne nicht abgegangen werden. Jedoch solle bis dahin nur eine einstweilige Stellungnahme erfolgen, außer zu ersehen sei, ob die Deutschen die Beseitigung der von den Alliierten festgelegten Überschusskapazität anerkennen. Wenn diese Stellungnahme unbefriedigend ist, so erklärte General Robertson, wird der Vorhang sehr schnell fallen. Falls die Stellungnahme jedoch befriedigend sei, würden die Deutschen eben, daß sie es mit vernünftigen Leuten zu tun haben.

Auf diese Weise soll die Frage der Stahlkapazität geklärt werden. Die deutschen Vertreter wiesen General Robertson außerdem auf die notwendige Nachprüfung der mittelbaren Auswirkung des Demontageplans vor allem auf die Exportwirtschaft, Kohlenproduktion und Verkehr hin. An Hand der Demontage-Liste machten sie geltend, daß dort an einzelnen Stellen offenbar Irrtümer vorzuliegen seien. General Robertson gab die Möglichkeit von Irrtümern zu und versprach eine verständnisvolle Nachprüfung.

London, 19. Okt. (Dena-Reuters.) Der nationale Friedensrat Großbritanniens, dessen Vorsitzender der Präsident des P.A.O. Sir John Ed. Orr ist, sandte seinen Brief an Außenminister Ernest Bevin, in dem eine Verschiebung des von dem Demontage-Programms für die deutsche Industrie bis zur Londoner Konferenz gefordert wird, da dort noch einmal der Versuch gemacht werden solle, in Viermächteabkommen über die deutsche Zukunft zu erreichen. — In dem Brief wird der Beschluß zur Abmontierung der 600 Werke in der Bizone als eine Politik angegriffen, die die Hoffnung des deutschen Volkes auf eine lebenswerte Zukunft noch weiter niederdrückt, und daher die Gefahr einer neuen, alles einleitenden Revolution in Deutschland vergrößere. Die Demontage mache einen wesentlichen Beitrag durch eine wiederaufgebaute deutsche Industrie zur wirtschaftlichen und sozialen Wiedergeburt Europas. Völlig unmöglich: Der nationale Friedensrat ist eine überparteiliche Organisation in der Vertreter von über 40 britischen

Gesellschaften vertreten sind, und befaßt sich mit Problemen des Friedens und der internationalen Ordnung.

Mehr Zeit für Austauschvorschläge gefordert

Essen, 19. Okt. (AP.) Der Präsident der Essener Handelskammer, Dr. Theo Goldschmidt, verlangt die Einräumung eines angemessenen zeitlichen Spielraums für die deutschen Sachverständigen, um Vorschläge für einen Austausch von Fabriken auf der Demontage-Liste unterbreiten zu können. Der von den britisch-amerikanischen Behörden zugrundgelegte Zeitraum von vierzehn Tagen sei zu kurz, um ihn einzelne gehende Vorschläge auf deutscher Seite auszuarbeiten, erklärte Dr. Goldschmidt. Eine Steigerung der Ruhrkohlenförderung würde unmöglich werden, wenn bestimmte Stahlwerke, elektrische Schmelzeisen und Eisenblechwerke entfernt werden würden, wie der Plan es vorsehe.

Dr. Schumacher für sofortige Annahme des Marshall-Planes

Chicago, 19. Okt. (Dena-Reuters.) Dr. Kurt Schumacher trat in einer Rede für die sofortige Annahme des Marshall-Planes für Europa ein. Er beschleunigte diesen Schritt als die einzige Möglichkeit, die europäische und deutsche Wirtschaft zu retten und fügte hinzu, die Vereinigten Staaten dürften es nicht gestatten, daß der Kapitalismus in Westdeutschland wieder an die Macht gelange.

